

Regina Kucharski

Von: Regina Kucharski [regina.kucharski@t-online.de]
Gesendet: Sonntag, 23. Juni 2024 14:44
An: 'Völker, Thomas'
Cc: '5304 Gemeindepyschiatrische Koordinationsstelle'; 'lvpeh vorstand'; sonjalietzau71@gmail.com
Betreff: Ideen, um erwerbsunfähige Psychiatrie-Erfahrene sozialversicherungspflichtig und mit regulären Lohn zu beschäftigen

Lieber Herr Völker,

es ist schon einige Zeit her seit dem letzten Psychosozialen Ausschuss in Wiesbaden. Heute komme ich endlich dazu, Ihnen in Abstimmung mit unserem Landesverband Psychiatrie-Erfahrene Hessen e.V. unsere Idee von einer gemeinnützigen Leihfirma für Psychiatrie-Erfahrene vorzustellen.

Vorab zu Erklärung: Im Prinzip handelt es sich bei den Außenarbeitsplätze bei den Werkstätten für behinderte Menschen auch um Leiharbeitsplätze, wo als Leihfirma die Werkstatt für behinderte Menschen fungiert. Die behinderten Mitarbeiter sind weiterhin Werkstattmitarbeiter. Sie arbeiten nur bei einem regulären Arbeitgeber, der dafür ein Taschengeld bezahlt, das dann dem behinderten Menschen zu Gute kommt. Unsere Kritik daran ist, dass es eben nur ein Taschengeld ist, dass man als Betroffener erhält und kein regulärer Lohn und dass man auch nicht die normalen Arbeitnehmerrechte hat wie z.B. ein Streikrecht.

Alternativ unsere Idee: Das sieht ganz anders aus beim Budget für Arbeit. Hier werden bis zu 75% der Lohnkosten vom Landeswohlfahrtsverband Hessen bezahlt. Einen Deckel für den Lohnkostenzuschuss gibt es nicht. Die Betroffenen haben einen regulären Arbeitsvertrag. Es wird Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung bezahlt, außer Arbeitslosenversicherung, weil man ja weiter als Erwerbsunfähiger gilt. Zu dem Lohnkostenzuschuss kann man sich Arbeitsassistenz vom Integrationsamt finanzieren lassen. Unsere Idee ist es, eine gemeinnützige Leihfirma zu installieren, wie z.B. eine Werkstatt für behinderte Menschen, die aus Jobcoaches besteht, die vom Integrationsamt bezahlt werden. Diese Jobcoaches vermitteln in dauerhafte Arbeitsplätze auf Arbeitsplätze auf den allgemeinen Arbeitsmarkt, verhandeln mit den Arbeitgebern behindertengerechte Arbeitsbedingungen und begleiten und leiten den behinderten Menschen auf seinem Arbeitsplatz an. Das ist im Prinzip wie ein Außenarbeitsplatz nur mit dem Unterschied, dass der behinderte Arbeitnehmer einen Arbeitsvertrag hat und damit die vollen Arbeitnehmerrechte wie z. B. ein Streikrecht und er auch einen marktüblichen Lohn erhält. Problem könnte sein, dass man einen Pool von Jobcoaches in so einer Leihfirma erst mal vorhalten müsste, wo nicht klar ist, wie das finanziert wird. Die Jobcoaches im Rahmen des Budgets für Arbeit sind ja an der entsprechenden behinderten Person gebunden. Und was auch nicht klar ist, aus was Verwaltungskosten finanziert werden. Das Budget für Arbeit selbst wird komplett vom Landeswohlfahrtsverband Hessen finanziert, auch bei einer Leihfirma. Das haben wir mittlerweile geklärt. Aber vielleicht ist es ja möglich, wenn auch Herr Berg, der Leiter der EVIM-Werkstatt in Wiesbaden, das beim letzten Psychosozialen Ausschuss abgelehnt hat, ihn doch noch für das Modell zu begeistern.

Alternativ könnte das Budget für Arbeit auch in einem Inklusionsbetrieb genutzt werden. Vielleicht ist das auch noch mal eine Möglichkeit in Wiesbaden, wenn man recherchiert, welche Inklusionsbetriebe es in Wiesbaden gibt und ob die bereit sind im Rahmen des Budgets für Arbeit Psychiatrie-Erfahrene einzustellen.

Was auch noch eine Möglichkeit ist, da ja das Hauptproblem beim Budget für Arbeit ist, Arbeitsplätze im Rahmen des Budgets für Arbeit zu finden, wenn man so eine Art Vermittlungsagentur in Wiesbaden für

diesen Personenkreis einrichten würde. Vielleicht bietet sich ja da eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Integrationsfachdiensten oder den EUTBs (=Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung) in Wiesbaden an, die dann auch offensiver für das Budget für Arbeit werben sollen. Bisher ist das Budget für Arbeit so gut wie nicht bekannt, noch nicht mal bei Institutionen wie der Arbeitsagentur.

Wir würden uns freuen, wenn unsere Ideen Ihre Zustimmung erhalten würden und

verbleiben mit freundlichen Grüßen

Regina Kucharski

-Vorstandsmitglied Landesverband Psychiatrie-Erfahrene Hessen e.V.-